

Bilanz des Frauensicherheitsrates 2007-2008

1. Überblick:

Schwerpunkt der Arbeit des Frauensicherheitsrates (FSR) in den Jahren 2007 bis 2008 (und auch schon in der zweiten Hälfte 2006) war die Konzipierung und Vorbereitung der internationalen Tagung „Roadmap to 1325“ im Mai 2007 in Berlin, die Nachbereitung und Umsetzung der dort getroffenen Entscheidungen sowie zahlreiche Vernetzungsaktivitäten im europäischen Raum, die Folge der Konferenz waren. Die Konferenz im Mai 2007 sollte verbunden werden mit dem jährlichen Treffen und Bilanzieren des gesamten FSR. Jedoch gab es auf die Einladung kaum Rückmeldungen, so dass dieses Treffen nicht zustande kam und ein erneuter Versuch Ende 2007 ebenso erfolglos blieb. Letzteres vielleicht auch deswegen, weil dieses Treffen ohne die Verbindung mit einem „Event“ geplant war vgl. auch Protokolle der Steuerungsgruppe 2007).

2. Die Aktivitäten 2007/08

„Roadmap to 1325“ im Mai 2007:

Auf der internationalen Tagung „Roadmap to 1325“ anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft kamen in Berlin auf Einladung des Frauensicherheitsrates und des Feministischen Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung über 150 Frauen aus europäischen und außereuropäischen Ländern zusammen. Sie diskutierten die Probleme bei der nationalen Umsetzung von UN-Resolution 1325, die spezifische Sicherheitspolitik der EU aus Genderperspektive auch im Hinblick auf ihre Interventionen in andere Länder sowie die Möglichkeiten eines EU-weiten Aktionsplanes zur Umsetzung der Resolution 1325. Am Ende der Tagung wurde der Aufbau eines europäischen NGO-Netzwerks von Friedensaktivistinnen vereinbart. Außerdem startete der im Vorfeld vom FSR konzipierte „Staffellauf durch Europa“ : In jedem Land, das aktuell die EU-Ratspräsidentschaft innehat, sollen Veranstaltungen stattfinden, um den politischen Druck zur Verwirklichung von 1325 zu erhöhen. Zugleich soll über diese Events der Dialog mit den jeweiligen Regierungen und Verantwortlichen der EU-Politik organisiert werden.

Großbritannien, Spanien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Schweiz, Österreich, Island und (später) Irland und Finnland haben inzwischen nationale Aktionspläne zu Umsetzung von 1325 aufgelegt, nicht jedoch Deutschland. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes konnte bei der Konferenz hierfür auch keine Hoffnungen machen.

Im Anschluss an die Tagung wurden Briefe an die Bundesregierung und ihre verschiedenen Ministerien, andere Regierungen von EU-Mitgliedsländern sowie an die EU-Spitze mit den Empfehlungen der Teilnehmerinnen verschickt. Die meisten Reaktionen darauf fielen freundlich-

nichtssagend aus. Explizit noch einmal eine Ablehnung gegenüber einem deutschen Aktionsplan formulierte die deutsche Bundesregierung bzw. das Bundeskanzleramt. Begründung: Das Gender Mainstreaming in der Friedens- und Sicherheitspolitik Deutschlands und ein Aktionsplan zur zivilen Konfliktprävention und einer zur Bekämpfung häuslicher Gewalt seien ausreichend.

Oktober 2007:

1. Auftritt des Frauensicherheitsrates auf einer Konferenz zur europäischen Umsetzung von Resolution 1325 in Brüssel mit Präsentation des „Roadmap-to 1325“-Konzepts.

Konsens auf dieser Konferenz: Ein Aktionsplan auf EU-Ebene ist wünschenswert und wird angestrebt, aber hier muss die Zivilgesellschaft verstärkt Druck machen.

Es soll außerdem ein „Mapping“ von 1325 stattfinden: International Alert will auf seiner Website aufzeigen, wo es welche Initiativen zu 1325 gibt. Hier sind auch die zu 1325 arbeitenden deutschen Gruppen gefordert, sich einzubringen.

Insgesamt waren die Konferenz-Ergebnisse vager und allgemeiner als auf der Konferenz „Roadmap to 1325“. Umso enttäuschender, als die Konferenz auch von den Aktivitäten des Frauensicherheitsrates angeregt worden war. Dennoch wurde er im Vorfeld nicht informiert und eingebunden.

2. Veranstaltung/Workshop auf Betreiben der portugiesischen Parlamentarierin Ana Gomez, die an der Konferenz „Roadmap to 1325“ teilgenommen hat, im Rahmen des vereinbarten „Staffellaufs“ während der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft **in Lissabon** unter Beteiligung von RegierungsvertreterInnen und Militärs.

3. Treffen/ Austausch mit Felicity Hill (Unifem), Irmgard Heilberger (IFFF) in Berlin, Vorbereitung von Infos durch die Steuerungsgruppe: Rundmail und Presseerklärung des FSR zur Erinnerung an den 7. Jahrestag der Resolution 1325.

November 2007: Jeweils auf Einladung

1. Beteiligung an Podiumsdiskussion zu Resolution 1325 an der Uni Münster

2. Beteiligung bei Podiumsdiskussion am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik zu 1325.

Dezember 2007:

1. Auswertungs- und Planungstreffen der FSR-Steuerungsgruppe in der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung

2. Presseerklärung gegen das Amnestiegesetz des afghanischen Parlaments zusammen mit 50 Menschenrechtsorganisationen und entsprechender Brief an die Bundesregierung.

1. Hälfte 2008:

1. Vernetzungsaktivitäten im Rahmen der Roadmap-to 1325-Staffel: Unterstützung von Aktivistinnen in Slowenien und Beteiligung an Konzeptionierung und Organisation einer Veranstaltung in Slowenien/Ljubljana im Kontext der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft
2. Beteiligung an einem „Round-Table-Gespräch“ auf Initiative von EPLO in Brüssel zur EU-weiten Vernetzung, unter anderem mit EU-ParlamentarierInnen und VertreterInnen des EU-Council
3. Erstellung und Veröffentlichung des **Schattenberichts** des deutschen Frauensicherheitsrats zum zweiten Bericht der Bundesregierung vom November 2007 über Maßnahmen zur Umsetzung von Resolution 1325 zwischen Juni 2004 und 2007. Auszug:

„Ein wesentlicher Grund für die mangelnde Umsetzung in Deutschland ist die beharrliche Weigerung der deutschen Bundesregierung, einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 aufzulegen. Diese Verweigerung ging schon von der alten rot-grünen Bundesregierung aus. (...) Die neue schwarz-rote Bundesregierung setzt diese ablehnende Linie vehement fort. Auf Seite 9 ihres Berichts begründet sie dies mit dem Argument, seit 2000 sei die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive (Gender Mainstreaming) 'als Leitprinzip in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung aufgenommen' worden, und dieser 'Querschnittsansatz' sei 'aus Sicht der Bundesregierung der geeignete Weg, die Resolution konsequent umzusetzen.' Zudem gäbe es bereits zwei andere Aktionspläne, die einige Anliegen von Resolution 1325 aufgenommen hätten: den Aktionsplan Zivile Krisenprävention und den Zweiten Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. (...) Aus Sicht des Frauensicherheitsrats ist der Verweis der Bundesregierung auf andere Aktionspläne und auf das Instrument des Gender Mainstreaming ein Vorwand, um sich politisch nicht festzulegen und die Umsetzung der Resolution nach messbaren Kriterien schwer überprüfbar zu machen. So besteht weiterhin die Gefahr, dass die in der Resolution 1325 formulierten Anliegen nicht gebündelt und zu einer Gesamtstrategie geformt werden. Die Friedens- und Sicherheitspolitik Deutschlands ist damit weiterhin nicht geschlechterangemessen, sie verzettelt sich in vielen kleinen Projekten, wie der Bericht der Bundesregierung zeigt. (...) Damit wird sie ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht, als Zivilmacht aufzutreten. Eine zivile Macht muss alles daran setzen, die gesamte Bevölkerung einzubeziehen und die gleichberechtigte Repräsentanz und Entscheidungsbefugnis von Frauen und Männern zu gewährleisten – im eigenen Land wie in den Zielländern ihrer Außen- und Sicherheitspolitik...“

Juni 2008:

1. Beteiligung an „**Roadmap to 1325**“-Konferenz in Lubljana (Slowenien) anlässlich der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft.
2. **Veranstaltung** des FSR in der Hertie Management School zum 1325-Bericht der Bundesregierung und **Schattenbericht** des Frauensicherheitsrats mit Bundestagsabgeordneten aller Parteien (mit Ausnahme der CDU) sowie einer Vertreterin des Auswärtigen Amtes zur Erörterung von Möglichkeiten zur Implementierung von 1325.

3. Beteiligung an Buch des Gunda-Werner-Instituts über Aspekte der „Roadmap to 1325“, mit Artikeln über Frauensicherheitsrat und „Roadmap to 1325“ (erscheint im Oktober 08)

2. Hälfte 2008:

Fortsetzung der Vernetzungsaktivitäten in Europa, Vorbereitung einer Veranstaltung zu Frauen- und Menschenrechten in Afghanistan und der Rolle der Bundeswehr sowie der Jahrestagung des gesamten FSR.

September 2008: Beteiligung an Veranstaltung der hbs zu ziviler Konfliktprävention in Berlin

Oktober 2008:

1. Beteiligung an einer Konferenz in Montenegro zu Sicherheitspolitik und Resolution 1325 mit Schwerpunkt Balkan, Darstellung des „Roadmap-to-1325“-Konzepts

2. Podiumsdiskussion zu Frauen- und Menschenrechten in Afghanistan in Bonn.

3. Präsentation der Arbeit des FSR auf Anfrage einer mexikanischen Militärdelegation im Rahmen eines Gendertrainings.

3. Probleme und Ausblick

Generell gestaltet sich die Lobbyarbeit für die Realisierung der Resolution unter der rot-schwarzen Regierung besonders zäh, allerdings gibt es weiterhin Anknüpfungspunkte im Auswärtigen Amt. Da der Frauensicherheitsrat von Anfang an ein regierungs- und parteiunabhängiges Gremium war, agiert er grundsätzlich unabhängiger von der Regierung als ein Teil der 1325-Lobbygruppen in anderen europäischen Ländern. In vielen dieser Gremien, zum Beispiel in Schweden, Norwegen oder der Schweiz, arbeiten ParlamentarierInnen oder RegierungsvertreterInnen mit Delegierten von Nichtregierungsorganisationen zusammen. Das hat große Vorteile und erhebliche Nachteile. Die Regierungsnähe führt dazu, dass die Zivilgesellschaft mehr angehört wird, aber auch mehr eingebunden und in Einzelfällen politisch missbraucht wird. In Deutschland war und ist das nicht der Fall. Damit blieb und bleibt der Einfluss des Frauensicherheitsrates aber begrenzt. Auf der anderen Seite stand er nie in Gefahr, seine Unabhängigkeit und seine Kraft zur Kritik zu verlieren, weder gegenüber der früheren rot-grünen noch gegenüber der jetzigen schwarz-roten Bundesregierung.

Die Erfahrungen, die der Frauensicherheitsrat im Umgang mit PolitikerInnen und MinisterialbeamtenInnen und ihren Reaktionen auf seine Vorschläge gewonnen hat, lassen sich in

einem Satz zusammenfassen, den der Soziologe Ulrich Beck formulierte: „Verbale Offenheit bei weitgehender Verhaltensstarre.“ Beck zielte damit auf das Verhalten deutscher Männer gegenüber ihren Frauen, doch dies trifft genauso auf die faktische Verhaltensstarre der Politik gegenüber Geschlechterfragen zu. Zwar wurden immer wieder Vertreterinnen des Frauensicherheitsrats in verschiedene politische Gremien eingeladen – doch dem folgten kaum Konsequenzen auf der Ebene praktischen Handels. Zwar beteiligten sich immer wieder einzelne PolitikerInnen an den Podiumsdiskussionen des Frauensicherheitsrates und zeigten sich in der Sache ernsthaft engagiert – doch sie standen und stehen in ihren Ministerien oder Parteien in der Regel allein auf weiter Flur. Zwar versicherten hochrangige Beamte dem Frauensicherheitsrat wiederholt, die Türen des Auswärtigen Amtes stünden ihm jederzeit für Gespräche und Initiativen offen – doch an der Außen- oder Sicherheitspolitik ändert sich kaum etwas, sie ist weiterhin geschlechterblind. Auch die Bemühungen des Frauensicherheitsrats um Beteiligung an einem zivilgesellschaftlichen Beirat für den „Aktionsplan zivile Krisenprävention“ der Bundesregierung blieben folgenlos.

Ein weiteres Grundproblem zieht sich durch die mittlerweile fünfjährige Existenz des FSR hindurch: die Überlastung der Mitglieder der Steuerungsgruppe sowie die weitgehend ehrenamtliche Arbeit der Mitglieder, durch die die Arbeit nicht auf professionellere Füße gestellt werden kann. Darunter leidet manchmal auch die Kommunikation zwischen Steuerungsgruppe und Gesamt-Frauensicherheitsrat. Hinzu kommen technische Probleme: Die Mailinglisten funktionieren immer wieder nicht richtig und sind technisch unzuverlässig. Ein weiteres Problem ist, dass die FSR-Mitglieder außerhalb der Steuerungsgruppe nur selten Rückmeldungen geben oder Aktivitäten mittragen.

Perspektiven

Der Frauensicherheitsrat ist zwar immer noch weitgehend nur einer Fachöffentlichkeit bekannt. Dennoch wird seine Expertise zunehmend abgefragt, zum Beispiel von AA-Beamten oder beim Gender-Training mexikanischer PolizistInnen oder auf diversen Fachveranstaltungen.

Er wird sich aber auf Dauer nur etablieren und halten können, wenn Formen der Finanzierung zumindest einer Büro/Vernetzungsstelle gefunden werden.

Konkret geht es darum, den Staffellauf „Roadmap-to-1325“ weiterzutreiben – zunächst in Frankreich als gegenwärtiges EU-Ratspräsidentschaftsland, danach Tschechien und Schweden. Für das Jahr 2010 steht eine große, bilanzierende Konferenz des Gunda-Werner-Instituts anlässlich von zehn Jahren Resolution 1325 an, bei der der FSR kooperieren soll.